

Antrag

des Freistaates Bayern

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und
Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haus-
haltsbegleitgesetz 1983)

Punkt 3 der 517. Sitzung des Bundesrates am 26. November 1982

Der Bundesrat möge beschließen:

Zu Art. 1 (Nr. 9 und 11)

Im Hinblick darauf, daß durch das Zusammenwirken von Investitionshilfeabgabe und Kürzung der Vorsorgepauschale viele Steuerpflichtige bis zur Veranlagung zu Unrecht vorübergehend nicht unerheblich mehr Lasten auferlegt werden, als sie endgültig zu tragen haben, bittet der Bundesrat, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob nicht das Lohnsteuerermäßigungsverfahren für Vorsorgeaufwendungen wieder eröffnet werden sollte.